

Freie Wähler München fordern Satzung zur Informationsfreiheit

MdL Piazzolo: „Wir werden nötigenfalls ein Bürgerbegehren für eine Informationsfreiheitssatzung starten!“

5

München, 21. Juli 2009 Im engen Schulterschluss der Regierungskoalition aus CSU und FDP wurde gegen die Stimmen der Opposition in einer der letzten Sitzungen des Bayerischen Landtages vor der Sommerpause erneut eine Gesetzesinitiative für ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz in Bayern
10 gekippt.

Der Münchner Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Freien Wähler München ist besonders von der Haltung der FDP-Fraktion enttäuscht: „Ich hätte mir an dieser Stelle mehr Mut seitens der FDP-Abgeordneten erwartet, zu ihren eigenen Aussagen vor der Landtagswahl zu stehen. Einmal mehr
15 wird hier der Bürgerwille auf dem Altar des Koalitionsfriedens geopfert. Daher haben wir nun mit Unterstützung unseres Münchner Stadtrates zunächst auf kommunaler Ebene eine eigene Initiative für mehr Transparenz in der Münchner Verwaltung gestartet. Wesentliche Basis ist hierbei eine eigene Münchner Informationsfreiheitssatzung. Sollte sich, was mich wenig
20 verwundern würde, nun hier eine schwarz-rote Ratshausmehrheit zusammenfinden, um dieses Vorhaben zu verhindern, werden wir seitens der Freien Wähler München alle notwendigen Schritte prüfen, damit für die Münchner Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Information gewährleistet wird. Dazu schließe ich ausdrücklich ein Bürgerbegehren ein.“

25 Weltweit haben die Bürger in vielen demokratischen Staaten weitreichende Auskunftsrechte gegenüber den öffentlichen Verwaltungen und Behörden. Seit 2006 gilt auch für die Bundesbehörden in Deutschland ein entsprechendes Informationsfreiheitsgesetz. Die Mehrheit der Bundesländer haben ebenfalls solche Gesetze verabschiedet und auch zahlreiche
30 Kommunen in Bayern verfügen mangels eines Landesgesetzes mittlerweile über eigene dementsprechende Satzungen oder haben zumindest diese auf den Weg gebracht.

„Von daher“, so der Münchner FW-Stadtrat Johann Altmann, „sollte die Landeshauptstadt München, wenn sie schon keine Vorreiterrolle
35 eingenommen hat, zumindest diesen guten Vorbildern folgen, und sich als strategisch-kommunalpolitisches Ziel sich selbst eine Transparenz-Initiative mit entsprechenden Verwaltungsvorschriften und einer eigenen Satzung verordnen.“

Büro Stadtverband

c/o Prof. Dr. Piazzolo
Pognerstraße 21
D-81379 München
Tel. 089 / 76 25 96
Fax 089 / 725 99 76
vorstand@freie-waehler-muenchen.de

Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit

Michael Knoblach
Tel. 089 / 67 90 76 24
Fax 089 / 43 73 92 11
Mobil: 0171 / 83 37 60 2
presse@freie-waehler-muenchen.de